

„Truly bold president“ G.W.Bush führt bereits die Pläne aus Die UNO als Vehikel für die Weltmachtinteressen der US-Führung

Diethelm Raff, 1. Februar 2002, Zürich

Wer hätte vor 2 Jahren auch nur daran gedacht, dass die USA nicht nur die Uno-Sonderorganisationen, den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank sowie die Welthandelsorganisation (WTO) für ihre Machtinteressen nutzen? Im einflussreichen Magazin Foreign Affairs vom September 2000 legte der US-Botschafter William H. Luers eine Strategie dar, auf welche Art und Weise die Uno als Instrument der USA umgebaut werden sollte, was in den letzten 2 Jahren tatsächlich geschehen ist.

(www.foreignpolicy2000.org/library/issuebriefs/readingnotes/fa_luers.html). Luers ist Präsident von UNITED NATIONS ASSOCIATION OF THE USA [UNA-USA], eine der größten und einflussreichsten Lobby-Organisationen für US-Außenpolitik und für das Verhältnis der USA zur Uno. Aufgabe vom heutigen Präsidenten Bush ist es nach Luers, die amerikanische Ambivalenz gegenüber der Uno aufzugeben und sie stattdessen für die amerikanischen politischen Interessen zu nutzen

Schon der Titel des Artikels „Die Uno mit den US-amerikanischen Interessen verbinden“ legt klar, dass die Uno der „einzigen Weltmacht“ angepasst wird. Gerade die Friedensbewegten, die in der Uno eine Möglichkeit gesehen hatten, den Grossmachtinteressen zu begegnen, müssen sich angesichts der neuen Realitäten von der lieb gewonnenen Vorstellung einer friedensfördernden Uno verabschieden. Das fällt nur denjenigen schwer, die dem Orwellschen Neusprech von „Friedensförderung“, „Konfliktmanagement“, „Friedenserhaltung“ und „Menschenrechtsschutz“ aufsitzen, mit der die aggressive Kriegsführung heutzutage verschleiert wird.

Das Magazin Foreign Affairs ist eine Veröffentlichung des „Council for Foreign Relations“ (CFR), ein Absprachegremium jenseits demokratischer Prozesse, das

einflussreiche Personen aus Konzernen, Medien und Politik zusammenführt und Pläne für die Steuerung der Welt schmiedet. Was im Magazin zur Sprache gebracht wird, stimmt mit den Zielen dieser privaten, demokratisch nicht legitimierten Gruppe überein.

Die Nationen durch die Uno unterjochen

Unverhohlen verlangt man von der US-Politik, die Uno für die nationalen Interessen einzuspannen, also für die Beherrschung der Welt durch die einzige Weltmacht. Mit der Uno kann eine Zusammenarbeit mit andern Nationen vorgetäuscht und trotzdem „die Führungsrolle eingenommen werden“. Die Uno dient aber nur dazu, andere Länder für die zukünftigen Kriege unter dem Titel „friedenserhaltende Entwicklung und humanitäre Hilfe“ einzuspannen und die hohen Kosten der Kolonialkriege „viel breiter zu verteilen“. So wird der „Druck auf Amerika vermindert, direkt intervenieren zu müssen“. Das hat den Vorteil für die USA, dass sie mit indirekten Kriegen ihren Ruf weniger schädigen.

Grosskonzerne, NGOs und Uno-Organe als neue Oligarchie

Der von den USA gegen die grosse Mehrheit der Länder durchgedrückte Generalsekretär Kofi Annan hat die langjährigen Forderungen der USA an die Uno umgesetzt: So hat er mit den Grosskonzernen („Privatsektor“) ein Abkommen geschlossen, dass die Uno sie wegen ihrer oft zwielichtigen Geschäftsgebaren nicht mehr kritisiert, wenn sie dafür einen Teil der Uno finanzieren und minimale Vereinbarungen einhalten (Global Compact). Die Uno verspricht dafür, dass sie die Globalisierungsgegner ausschaltet, wie der Verband der Schweizer Konzerne „Economieswiss“ in seinem Propagandaheft zur Uno-Abstimmung in der Schweiz ganz offen schreibt. (Facts der Wirtschaft Dezember 2001, S. 10): Unter anderem

„wegen der wachsenden Opposition gegen die Globalisierung hat der Generalsekretär der Uno, Kofi Annan, den „Globalen Pakt“ zwischen den Vereinten Nationen, der globalen Privatwirtschaft und den Nicht-Regierungsorganisationen angeregt.“. Ein kleiner - der mächtigste - Teil der demokratisch nicht legitimierten Nicht-Regierungsorganisationen werden von der neuen Uno eingespannt. Sie erhalten Einfluss und werden in die Machtstrukturen eingebunden, dienen der Reputation für die Uno unter den eher links eingestellten Bürgern und haben gleichzeitig die Aufgabe, den Widerstand der demokratisch gesinnten Bürger gegen die Zerstörung der Volkssouveränität zu brechen. Die dafür ausgegebene Parole lautet, dass die Globalisierung nicht aufgehalten werden könne und die Steuerung deshalb von zentralistischen Organen durchgeführt werden müsse.

Geld der USA für totale US-Dominanz

Gefordert wird im erwähnten Artikel die Bezahlung der US-Schulden, damit die Uno Kriege führen kann. Dieser „Neuanfang“ sollte aber nur passieren, wenn der US-Präsident gleichzeitig dem Uno-Generalsekretär diktieren kann, was dieser innerhalb der Uno zu ändern hat. Das hört sich so an: „Als Gegenleistung für den Kongress würde der Präsident sich verpflichten, mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten, um die Verbesserungen anzuregen, die bereits innerhalb des Sekretariats und anderer Agenturen verankert wurden, und ebenso das Management-Training für und die Koordination mit nichtstaatlichen Organisationen und dem privaten Sektor zu verbessern.“ Erwähnt wird, dass die Uno das Prinzip aufgeben soll, aus allen Ländern Vertreter in ihrer Organisation heranzuziehen. Stattdessen sollen diese „nach ihrer fachlichen Eignung“ ausgewählt werden - eine Wahl, die selbstverständlich vom US-hörigen Generalsekretär getroffen wird. Darf man in diesem Zusammenhang von Erpressung sprechen oder ist es einfach ein normaler Vorgang im Rahmen der Grossmachtpolitik? Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im amerikanischen Kongress, Jesse Helms, hat vor dem UN-Sicherheitsrat 1999 deutlich ausgedrückt, wann die USA die Uno unterstützen wird: "Wir werden die

Vereinten Nationen stärken, wenn sie unsere Politik unterstützen, und sie schwächen, wenn sie dies nicht tun". So einfach sind die heutigen Herrschaftsverhältnisse.

Die Uno als Teil der US-Verwaltung

Die „Verbesserungen“ bestehen unter anderem darin, dass die Uno ganz unverhohlen auch organisatorisch in die US-Regierung eingebunden wird. So sollen die zuständigen Ministerien der US-Regierung die entsprechenden Abteilungen der Uno unter ihre Kuratell stellen, also direkten Einfluss nehmen.

Globale Steuerung - Global Governance

Die Vorstellung einer globalen Steuerung wird innerhalb der Uno seit 10 Jahren diskutiert und ist über verschiedene Weltkonferenzen durchgesetzt worden. Die zentralistisch denkende Linke hat sich davon versprochen, ihre Machtinteressen der Bevölkerung auf der ganzen Welt aufzwingen zu können und hat sich deshalb über Jahrzehnte für eine starke Uno eingesetzt. Die basisdemokratische Linke hat sich dagegen sowohl in der theoretischen Diskussion als auch in der praktischen Politik zurückgehalten und hat damit aber die fruchtbaren Ansätze zur Selbstbestimmung der Bürger, für kleinräumige Strukturen, für einen genossenschaftlichen Aufbau, für direkte Demokratie vernachlässigt. Die Konsequenz heute ist ein Hinterherhecheln hinter den Forderungen der Grosskonzerne und die Beschränkung auf die „Demokratisierung“ der zentralistischen Verwaltung der Bürger.

Kriege der Uno von den USA diktiert

Kaum zu glauben, dass die Hauptverantwortung für die Kriege der Uno („UN-Friedensoperationen“) direkt vom US-Verteidigungsministerium übernommen werden sollen. Unter anderem diktiert die USA, „wann und wie die Uno in einem Konflikt einzugreifen hat“.

Bei der Veröffentlichung dieses Artikels hatte eine kleine, von Kofi Annan eingesetzte Arbeitsgruppe, bereits eine Rechtfertigung für die Umgestaltung der Uno zur zentralistischen US-Uno ausgearbeitet (7. März 2000 bis 17. August 2000), was dann im sogenannten Brahimi-Bericht veröffentlicht wurde. Die Textbausteine im Artikel sind zum Teil dieselben wie im Brahimi-Bericht. Die Uno soll zu einer Kriegsmacht umgestaltet werden, die militärische Einheiten besitzt oder sich von den Grossmächten liefern lässt, die den Bürgern wie die früheren Kolonialmächte eine Verwaltung überstülpen (Nationenbildung) und Befehls- und Kontrolleinheiten für die besetzten Länder liefern kann.

Umsetzung der Pläne des CFR in Afghanistan

Kurz vor der Bombardierung von Afghanistan im Oktober 2001 hat die USA tatsächlich ihre ausstehenden Beträge der Uno bezahlt. Als Gegenleistung in diesem Kuhhandel hat die Uno den Afghanistan-Krieg gegen ein souveränes Land, der gegen die Vorschriften aus der Uno-Charta geführt worden ist, nicht verurteilt, obwohl es den USA bekannterweise um die Erdgasleitung durch Afghanistan und um die neuen Flughäfen in den zentralasiatischen Republiken Kirgistan und Usbekistan ging, die sie für die Kontrolle der Weltmacht Öl brauchen. Die Uno hat stattdessen die Bombardierung und die Machtpläne der USA abgesehnet. Sie hat mit einer „Friedenskonferenz“ auf dem Bonner Petersberg die an alte Kolonialzeiten erinnernden „Schutztruppen“ zur Absicherung der Eroberung gestellt. Als Marionetten hat sie die ehemaligen Kriegsverbrecher der Nordallianz eingesetzt, vor allem Tadschiken, die in keiner Weise die Bevölkerung Afghanistans repräsentieren. Die USA bombardierten nach dieser „Friedenskonferenz“ munter weiter, unter anderem töteten sie etwa 60 nicht genehme Stammesführer auf ihrem Weg in die Hauptstadt Kabul. Nach Berichten von englischen NGOs aus Afghanistan sind in den Wochen nach der „Friedenskonferenz“ noch nie so viele Afghanen nach Pakistan geflohen.

Machtdemonstrationen als Zwang zur UNO-Militärmacht

Wie in dem abgedruckten Bericht aus Foreign Affairs ersichtlich ist, soll jetzt der Welt vorgeführt werden, dass die Uno unfähig sei, solche Problem zu lösen. So sollen die Länder unter Druck gesetzt werden, dem Generalsekretär der Uno - ganz analog dem Hohen Vertreter der EU im Nizza-Vertrag - Befugnis zu geben, kurzfristig bewaffnete Truppen zu entsenden. So kann dem Brahimi-Bericht weiter Folge geleistet werden, in dem die Uno die Grossmächte für die Kreigsführung legitimierte. Dies steht ganz im Gegensatz zur bisherigen Uno, in der gerade die Grossmächte keine Truppen stellen sollten, damit sie nicht eigene Interesse verfolgen können.

Das Prinzip „Teile und Herrsche“

Der Artikel in Foreign Affairs fordert auch den Aufbau regionaler Kräfte in den verschiedenen Regionen der Erde. Dasselbe forderte der Nato-Sprecher am 8. Februar 2001 an einer Tagung an der ETH-Zürich. Das können entweder EU-Truppen oder Truppen der Afrikanischen Union sein oder aber die Truppen einer regionalen Macht. Genannt wurden an der ETH zum Beispiel Russland, Ruanda oder die Türkei. Es wird ja schon offen davon gesprochen, dass die islamische Türkei den angekündigten baldigen Krieg gegen den Irak führen soll und damit eigene Machtgelüste im Rahmen der Vorherrschaft der USA befriedigt werden können.

Auflösung des Völkerrechts im Rahmen der Uno

Es wundert nicht, dass in dem Bericht dringend darauf hingewiesen , dass verschiedene US-Senatoren wie Jesse Helms nicht mehr gegen die neue Uno Stellung nehmen sollten. Die Vorherrschaftsinteressen der USA würden vorrangig durchgesetzt. Wie wenig das Völkerrecht dann noch gilt, zeigt sich in verschiedenen

Phänomenen: Die Uno-Charta, wird nicht mehr respektiert, zum Beispiel Artikel 2, der jegliche Gewaltanwendung auch militärischer Art gegen irgendwelche Staaten verbietet, selbst wenn sie mit irgendwelchen postulierten Rechten wie den Menschenrechten gerechtfertigt wird.

Nicht einmal minimale Standards in Kriegen werden mehr anerkannt. So wurde im Afghanistankrieg zweimal innerhalb von zwei Tagen die Depots für Hilfslieferungen des Roten Kreuzes in Kabul von den USA bombardiert, obwohl sie ihre Lage genau mitgeteilt bekommen hatten. Mit der ausdrücklichen Begründung, dass die Hilfslieferungen den Gegnern der USA zukommen könnten. Das ist ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung. Die Essenspakete wurden von den USA nur so lange über Afghanistan abgeworfen, als man damit die Gegner der momentan unerwünschten Taliban für den Kampf stärken konnte. Sobald der geostrategische Gewinn für die USA sicher war, wurde kein Gedanke mehr an die jetzt im tiefsten Winter frierenden und hungernden Afghanen verschwendet. Sie erhalten kein Essen mehr. Die Kriegsgefangenen werden nicht mehr entsprechend dem internationalen Recht behandelt, sondern mittelalterlichen Folterbedingungen ausgesetzt. Grundlegende Menschenrechte wie eine Verteidigung des Angeklagten werden ausser Kraft gesetzt, indem die USA - obwohl sie gleichzeitig behauptet, keinen Krieg zu führen - Militärgerichte auf Schiffen einführen, bei denen kein unabhängiger Verteidiger zugelassen ist und niemand weiss, wie viele der Gefangenen „zufällig“ ins Meer fallen - den Haifischen zum Frass.

Meinungsverschiedenheiten selbst im Sicherheitsrat unerwünscht

Im Artikel wird festgehalten, dass die Floskel von der Souveränität der Staaten innerhalb der Uno nur dazu dient, die mächtigen Mitglieder, insbesondere die USA, von Entscheidungen der Uno unabhängig zu halten. Ohne Wenn und Aber wird veröffentlicht, dass der Uno-Sicherheitsrat - und damit die 5 Atommächte - über Krieg

und Frieden zu befinden hat. Der Fehler wird darin gesehen, dass die Mitglieder des Sicherheitsrats nicht immer eine gemeinsame Strategie beschlossen haben, die dann den anderen Ländern aufgezwungen werden kann.

Der Sicherheitsrat an der Angel des US-Präsidenten

Ganz offen wird im Artikel erwähnt, dass der US-Präsident im Sicherheitsrat abklären soll, welche Aufgaben die Uno und welche die Grossmächte durchzuführen hätten.

Wer abstreitet, dass hier innerhalb kürzester Zeit ganz offen eine diktatorische Weltsteuerung jenseits jeglichen Rechts und demokratischer Selbstbestimmung durchgesetzt werden soll, der liest nichts oder verschleiert offen, worum es geht,

Angesichts solcher Pläne wird immer offensichtlicher, dass die Schweiz mit ihrem ausgebauten direktdemokratischen System diesem Machtstreben entgegensteht und deshalb mit jeglicher Manipulation aus dem Propagandaapparat bearbeitet wird. Es ist tragisch, dass sich fast alle Bundesräte der Schweiz als Hampelmänner hergeben, die der eigenen Bevölkerung ihre Freiheit nehmen und die Hoffnung der Bürger auf der ganzen Welt auf eine friedliche Alternative zur zentralistischen Uno-Verwaltung zerstören.